

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)

Geschäftsführung
Herr Schmitz

Telefon: (0221) 221-94 317

Fax: (0221) 221-94 342

E-Mail: Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 30.01.2014

Niederschrift

über die **39. Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 16.12.2013, 17:00 Uhr bis 19:35 Uhr, Bezirksrathaus Ehrenfeld, Raum 116

Anwesend:

Bezirksbürgermeister

Herr Josef Wirges SPD

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Petra Bossinger	SPD
Herr Walter Leitzen	SPD
Herr Tekin Parmaksiz	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Herr Max Baumann	GRÜNE
Frau Ingrid Haub	GRÜNE
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Richard F. Wagner	GRÜNE
Frau Petra Wilke	GRÜNE
Herr Dr. Carl Barthel	CDU
Herr Dr. Michael Fischer	CDU
Frau Jutta Kaiser	CDU
Frau Ursula Strobl	CDU
Frau Marlis Pöttgen	FDP

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Manfred Waddey	GRÜNE
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Kurt Geuer

Verwaltung

Frau Scheunemann	02-4
Frau Baum	02-4/0
Herr Schmitz	02-4/2
Vertreter/innen der Dienststellen	15, 61, 66

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Hans-Peter Juretzki	SPD	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	unentschuldigt
Frau Yesim Yesil-Bal	DIE LINKE	

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Peter Kron	SPD
Frau Kirsten Reinhardt	GRÜNE
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Brigitta Bülow von	GRÜNE
Frau Bettina Tull	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.
Frau Christraut Kirchmeyer	FDP
Herr Bernd Schöppe	pro Köln

Bezirksbürgermeister Wirges eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass Bezirksvertreter Juretzki (SPD-Fraktion) und Bezirksvertreterin Yesil-Bal (Die Linke) entschuldigt fehlen. Bezirksvertreter Uckermann (pro Köln) fehlt unentschuldigt.

Die Tagesordnung soll gemäß Nachtragstagesordnung erweitert werden.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Aufnahme der Dringlichkeitsanträge TOP 8.2 und TOP 8.3 in die Tagesordnung einstimmig zu. TOP 8.2 und 12.2 sollen zusammen behandelt werden.

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion), Bezirksvertreterin Haub (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) und Bezirksvertreter Dr. Barthel (CDU-Fraktion) werden als Stimmzähler benannt.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen meldet drei mündliche Anfragen zu TOP 13 an.

Bezirksbürgermeister Wirges dankt Bezirksvertreterin Ursula Strobl (CDU-Fraktion) für Ihre langjährige Tätigkeit als stellvertretende Bezirksbürgermeisterin.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der geänderten und ergänzten Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Realisierung der Fuß- und Radwegeverbindung im Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld

1 Aktuelle Stunde

2 Einwohnerfragestunde

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates

5 Annahme von Schenkungen

6 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.1 Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Verlängerung der Stadtbahnlinie 3
AN/1339/2013

7 neue Anfragen

8 Anträge

8.1 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Pfandringe für Müllbehälter an ausgewählten Standorten in Ehrenfeld
AN/1487/2013

8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Grundstück Liebigstraße 201 für Wohnen entwickeln
AN/1524/2013

8.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, betr.: Resolution zur Künstlerkolonie Kolbhalle in Köln Ehrenfeld
AN/1527/2013

9 Entscheidungen

10 Anhörungen und Stellungnahmen

10.1 Fünfjahresprogramm der Erschließungs- und Wohnungsbaumaßnahmen
2448/2013
(übernommen aus der Sitzung am 25.11.2013)

- 10.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion, betr.: 5-Jahresprogramm der Erschließungs- und Wohnungsbaumaßnahmen
AN/1124/2013
- 10.2 Vereinfachung des Stadtrechts
1255/2012
(Vorlage wurde mit Schreiben vom 20.11.2013 übersandt)
- 10.3 "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" - Fortführung des sozialräumlichen Handlungsprogramms in veränderter Form
2377/2013
(Vorlage wurde mit Schreiben vom 22.11.2013 übersandt)
- 10.4 Einrichtung des Schulneubaus für die Grundschule Overbeckstraße 71 - 73, 50823 Köln am neuen Standort Ottostraße, 50823 Köln
3195/2013
- 10.5 235. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3586/2013
(Vorlage wurde mit Schreiben vom 06.11.2013 übersandt)
- 10.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Häuschensweg in Köln-Bickendorf
3625/2013
- 10.7 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2014
über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen,
Kernbereich Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Agnesviertel, Neustadt-Süd, Rodenkirchen, Sürth, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Ehrenfeld, Neu-Ehrenfeld, Nippes, Longerich, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Mülheim, Holweide, Höhenhaus.
3659/2013
(Vorlage wurde mit Schreiben vom 14.11.2013 übersandt)
- 10.8 Beleuchtung des öffentlichen Fußweges der Grünanlage zwischen Goldammerweg und Silbermöwenweg in Köln-Vogelsang
3710/2013
- 10.9 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung eines kooperativen Gutachterverfahrens (Mehrfachbeauftragung) zur Erstellung eines Planungs- und Entwicklungskonzeptes für den ehemaligen Güterbahnhof Ehrenfeld als Grundlage für die Bauleitplanung
Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Ehrenfeld
3705/2013

- 10.9.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion, betr.: Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung eines kooperativen Gutachterverfahrens (Mehrfachbeauftragung) zur Erstellung eines Planungs- und Entwicklungskonzeptes für den ehemaligen Güterbahnhof Ehrenfeld als Grundlage für die Bauleitplanung
Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Ehrenfeld
AN/1529/2013

11 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

12 Mitteilungen der Verwaltung

- 12.1 Gehwegparken
hier: Nachfragen von Bezirksvertreter Klemm in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 30.09.2013, TOP 7.1.1
3800/2013

- 12.2 Anregung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 30.09.2013 betreffend die Kolb-Halle an der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld – zukünftige planerische Entwicklung des Grundstückes;
hier: Gewährung einer angemessenen Frist für Kaufverhandlungen zwischen "Wir selbst e. V. und NRW.Urban"
4059/2013

- 12.3 Geschwindigkeit Universitätsstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal vom 30.09.2013, TOP 8.2.4, Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 25.11.2013, TOP 8.1.1
sowie mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 05.11.2013, TOP 8.4
3796/2013

- 12.4 Barrierefreier Gehweg in der Marienstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 25.11.2013, TOP 8.6
4098/2013

- 12.5 Verbesserung der Situation für Fahrradfahrer
hier: Mündliche Anfragen aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 30.09.2013, TOP 13
4224/2013

13 mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

14 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

15 neue Anfragen

16 Anträge

- 17 Entscheidungen**
- 18 Anhörungen und Stellungnahmen**
- 19 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 20 Mitteilungen der Verwaltung**
- 21 mündlichen Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Realisierung der Fuß- und Radwegeverbindung im Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld

Herr Jennrich-von Papen (15 - Stadtplanungsamt) erläutert ausführlich die geplante Realisierung des Fuß- und Radwegeverbindung im Rahmenplanungsgebiet Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld.

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) dankt Herrn Jennrich-von Papen für die Erläuterungen und stellt folgende Nachfragen:

1. Wie stellt sich die Verwaltung die Realisierung vor?
2. Ist es seitens der Verwaltung geplant, die von der IG Braunsfelder Bürger vorgeschlagene Flächensicherung im Teilabschnitt B vorzunehmen?
3. Ist die Co-Finanzierung seitens der Verwaltung für das Projekt „Low Line Linear Park“ im Teilbereich A gesichert?
4. Ist es zutreffend, dass dieses Projekt innerhalb der Verwaltung eine nachrangige Priorität hat?

Herr Jennrich-von Papen (15 – Stadtplanungsamt) führt aus, dass die Realisierung bereits sehr weit fortgeschritten sei. Grundvoraussetzung für die Realisierung ist, dass die betreffenden Grundstücke sich entweder im städtischen Besitz befinden oder im Bebauungsplan zumindest ein Wegerecht eingetragen ist. Die Anschlussfläche südlich der Weinsbergstraße hin zur Ölstraße befindet sich im Eigentum der HGK.

Die Flächensicherung im Teilabschnitt B wird über den Bebauungsplan erfolgen.

Für das Projekt des „Low Line Linear Park“ gibt es keine schriftlichen Zusagen der Verwaltung. Die Eigentümer der betroffenen Flächen haben bisher keine Zusagen getroffen. Dies ist jedoch Voraussetzung für eine Förderung.

Das Projekt wird von der Verwaltung mit hoher Priorität bearbeitet.

Bezirksvertreter Dr. Barthel (CDU-Fraktion) fragt nach, ob es Ziel der Planungen sei, dass Fahrradfahrer schneller von A nach B gelangen, oder ob auch angedacht sei, eine angenehme Umgebung zu schaffen.

Herr Jennrich-von Papen (15 – Stadtplanungsamt) teilt mit, dass die vorgesehene Wegverbindung von der Streckenführung her nicht optimal sei. Dies hänge mit den Besitzverhältnissen der Grundstücke zusammen. Angenehme Wege seien nur Abseits von Verkehrsachsen zu realisieren.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) merkt zum Projekt „Low Line Linear Park“ an, dass eine konkrete Aussage der Verwaltung hinsichtlich der Förderung notwendig sei. Zur Entwicklung der Fläche an der Alsdorfer Straße fragt sie nach, ob die Bezirksvertretung Ehrenfeld das Verfahren mit politischen Beschlüssen sinnvoll unterstützen könne.

Herr Jennrich-von Papen (15 – Stadtplanungsamt) führt aus, dass der notwendige Ausbau der Grünflächen bisher nicht finanziell beziffert wurde. Somit konnte die Verwaltung bisher keine Mittel für das Projekt vorsehen.

Zur Alsdorfer Straße teilt Frau Rheinschmidt (61 – Amt für Stadtentwicklung) mit, dass zurzeit verwaltungsinterne Abstimmungen laufen, die noch nicht abgeschlossen sind.

Bezirksvertreter Wagner (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob die Wegeverbindung als Zweirichtungsverkehr für den Radverkehr angelegt werde und nach welchen Richtlinien die Anlage erfolge.

Frau Schütz (66 – Amt für Straßen- und Verkehrstechnik) teilt mit, dass sich die Anlage nach der Richtlinie für die Anlage von Straßen (RAST) richtet. Die konkrete Einrichtung richtet sich nach den Breitenverhältnissen. Dies muss in der Einzelplanung abgestimmt werden.

1 Aktuelle Stunde

2 Einwohnerfragestunde

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide

4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates

5 Annahme von Schenkungen

6 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

**6.1 Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Verlängerung der Stadtbahnlinie 3
AN/1339/2013**

Frau Scheunemann (02-4 – Bürgeramt Ehrenfeld beantwortet die Anfrage mündlich:

1. Hat die Stadt Köln das Grundstück zum Bau der neuen Endhaltestelle erworben?

Das Grundstück wurde noch nicht erworben. Die Verhandlungen laufen derzeit. Es gilt noch Auflagen des Eigentümers zu erfüllen. Die Verwaltung ist zuversichtlich, die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen.

2. Wenn Ja, woran liegt es, dass die Rodung der Bahntrasse und der Ausbau noch nicht begonnen haben?

Siehe Antwort zu 1. Nach Erwerb des Grundstücks wird der Planfeststellungsbeschluss eingeleitet. Nach Rechtskraft wird die Fällgenehmigung beantragt. Mit den Rodungen ist daher nicht vor Herbst 2014 zu rechnen.

3. Wann ist mit Beginn der Ausbaumaßnahme zu rechnen?

Siehe Antwort zu 2. nach Planfeststellungsbeschluss ist noch die endgültige Planung abzuwarten. Da die Rodungen nicht vor Herbst 2014 durchgeführt werden können, ist mit einem Baubeginn frühestens Ende 2014 zu rechnen.

7 neue Anfragen

8 Anträge

**8.1 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Pfandringe für Müllbehälter an ausgewählten
Standorten in Ehrenfeld
AN/1487/2013**

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) begründet den Antrag seiner Fraktion.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Stadtverwaltung, mit der AWB kurzfristig geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um dem Problem der zerbrochenen (Pfand-)Flaschen im öffentlichen Raum Herr zu werden.

Insbesondere sollen sogenannte „Pfandringe“ – ggf. zunächst zur Erprobung – zum Einsatz kommen. Ein mit einem Bundespreis für Ecodesign ausgezeichnetes Modell wurde an der Hochschule Ecosign mit Sitz Ehrenfeld von Paul Ketz entwickelt und bereits im Dezember 2012 mit Unterstützung durch die AWB in Ehrenfeld vorgestellt.

Als Pilotgebiet bietet sich aus Sicht der Bezirksvertretung der Ehrenfeldgürtel zwischen Subbelrather- und Vogelsanger Straße, sowie die Straßenzüge rund um das Heliosgelände incl. S-Bahnhof und die Lichtstraße an, wobei auch Erfahrungen der AWB berücksichtigt werden sollen.

Nach einem Erfahrungszeitraum, der sich sinnvoller Weise über die Sommermonate 2014 erstrecken sollte, sollen die Erfahrungen in der BV-Ehrenfeld vorgestellt und bei Erfolg eine sinnvolle Ausweitung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt dem Antrag einstimmig zu,

8.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Grundstück Liebigstraße 201 für Wohnen entwickeln AN/1524/2013

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) und Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begründen den gemeinsamen Antrag ihrer Fraktionen.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) führt aus, dass ihrer Fraktion über gegenteilige Informationen verfüge und bittet daher um eine Stellungnahme der Verwaltung sowie eine Vorstellung des Projektes. Das in Rede stehende Gelände befinde sich in einem ausgewiesenen Mischgebiet, in welchem sowohl Wohn- wie auch Gewerbebebauung zulässig ist.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) teilt mit, dass ihr keinerlei Informationen vorliegen. Sie bittet daher ebenfalls um Vorstellung der Planungen. Des Weiteren bittet Sie die Verwaltung darzustellen, welche Auswirkungen eine Wohnbebauung auf die gegenüberliegenden Gewerbebetriebe habe.

Frau Rheinschmidt (61 – Stadtplanungsamt) führt aus, dass die Verwaltung keine Änderung des Flächennutzungsplanes vorbereite. Der Flächennutzungsplan sehe gemischte Bauflächen vor. Die Planungen des Investors liegen der Verwaltung nicht vor.

Bezirksvertreter Dr. Barthel (CDU-Fraktion) kritisiert das seiner Meinung nach voreilige Handeln der anderen Fraktionen.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) führt die Gründe für die Antragsstellung an.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Stadtverwaltung,

1. auf dem Grundstück Liebigstraße 201, dessen östl. Teil sich heute in Privateigentum befindet und dessen westl. Teil der Stadt Köln gehört und an den benachbarten Privateigentümer als Parkplatz vermietet ist, Wohnbebauung zu realisieren“
2. mit dem Eigentümer des Grundstücks Liebigstraße 201 in Verhandlungen bzgl. eines Ankaufs des städtischen Grundstücksteils zu treten, um diesem die Möglichkeit zu geben, das gesamte Grundstück mit Wohnhäusern – mit einem Anteil von 30% sozialem Wohnungsbau – und einer Kindertagesstätte zu bebauen.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt dem Antrag mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und von Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) zu.

8.3 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU-Fraktion, betr.: Resolution zur Künstlerkolonie Kolbhalle in Köln Ehrenfeld AN/1527/2013

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) verliest den Resolutionstext und begründet die Einbringung.

Beschluss:

Resolution zur Künstlerkolonie Kolbhalle in Köln Ehrenfeld

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,
wenn Morgen im Kölner Stadtrat das Thema Kolbhalle auf der Tagesordnung steht, so geht dies - darauf sind wir stolz - auf einen einstimmigen Beschluss der BV-Ehrenfeld zurück. Wir bitten Sie ganz herzlich, sich dort für den Erhalt der Künstlerkolonie Kolbhalle einzusetzen!

Wir haben große Sorge, dass Ehrenfeld mehr und mehr sein Gesicht verliert! Was macht uns aus? Wir haben vorne keinen Rhein und hinten keinen Stadtwald und mittendrin auch keinen Fühlinger See. Wir haben kein repräsentatives Rathaus und brauchen das auch nicht, statt Domblick haben wir den Helio Sturm. Was wir haben und was uns attraktiv macht, das sind wir selbst. Die Menschen, die hier in der dritten, vierten Generation leben und die aus aller Welt hier hingekommen und heimisch geworden sind, darunter viele Künstler und Kulturschaffende.

Und so wird der Standort Ehrenfeld rund um die Kolbhalle von Immobilienmaklern beworben:

„Lebendig und vielfältig! Ehrenfeld liegt als Wohnviertel im Trend. Der urbane Mikrokosmos Ehrenfeld überzeugt mit vielfältigen Einkaufsmöglichkeiten, einer abwechslungsreichen Gastronomieszene und innovativen Kunst- und Kulturprojekten. An der Hospeltstraße ist Ehrenfeld besonders spannend. Hier herrscht Aufbruchsstimmung.“ Scout-ID: 69682965

„Ehrenfeld hat sich zum dynamischen und aufstrebenden Stadtteil entwickelt. Industriedenkmäler werden zu Büros und Wohnungen umgebaut. Neben uralten Brauhäusern existieren Trendkneipen, Tante-Emma-Geschäfte neben Szeneläden und Großdiscountern, historische Altbauten neben moderner Architektur. In Ehrenfeld hat eine breites Angebot und eine Vielzahl an Theatern, Clubs und ein Premierenkino. Die in Köln einzigartige Mischung aus Tradition und Moderne, Kreativität und Althergebrachten macht Ehrenfeld gerade bei jungen Menschen zu einem beliebten Viertel.“ www.wohnen-am-helmholtzplatz.de

Doch mit dem wachsenden Interesse an Ehrenfeld, steigen die Mieten, im Wohn- und im gewerblichen Bereich. Die Nischen, die durch den industriellen Niedergang im ehemaligen Arbeiterquartier Ehrenfeld entstanden sind, und wo Künstler, Theater und Clubs sich niedergelassen haben, verschwinden. Jeder Ehrenfelder und jede Ehrenfelderin kennt den Begriff „Gentrifizierung“. Es wächst die Angst, „sich Ehrenfeld nicht mehr leisten zu können“ und den sozialen Halt in gewachsener Nachbarschaft zu verlieren. In diesen Zusammenhang ist die angedrohte Räumung der Künstlerkolonie Kolbhalle einzuordnen.

Seit fast 30 Jahren gehören die Künstler und Künstlerinnen der Kolbhalle zu Ehrenfeld. Die Stadt hat ihnen dieses damals unattraktive Gelände – das heute Begehrlichkeiten zu wecken vermag – vermietet, damit sie hier leben und arbeiten können.

Dazu sah sich die Stadt verpflichtet, nachdem Sie die Künstler zuvor in der Marienstraße wiederrechtlich zwangsgeräumt hatte. Weil die damalige Eigentümerin, die LEG, damals nur Mietverträge über längstens 10 Jahre machen durfte und die Stadt den Vertrag mit der LEG

(heute NRWUrban) nicht erneuert hat, sind die Künstler seit vielen Jahren ständig in ihrer Existenz bedroht.

Wenn behauptet wird, die Bewohnerinnen und Bewohner wären „Schmarotzer“, die die Stadt nur Geld kosten, so ist das gelogen. Denn die Künstler bieten an, 3000 € Miete monatlich zu zahlen. Das stand seit März dieses Jahres mehrfach in der Presse.

Eine Räumung der Kolbhalle bringt für die Stadt Kosten in Größenordnung von rd. 200 T€ mit sich.

Dabei werden die Werte, die die Künstler und Künstlerinnen, im kulturellen, interkulturellen und im sozialen Sinne schaffen und ihre Angebote für Menschen unabhängig von Alter und Herkunft, in keiner Weise gewürdigt.

Wir reden hier über rund 2000 m² für Kunst und Kultur, die bisherige Ratsmeinung sieht hier sozialen Wohnungsbau vor. Der soziale Wohnungsbau ist unbestritten ein wichtiges Anliegen und jeder weiß, dass diese Stadt auf Ehrenfeld zählen kann, wenn es um sozialen Wohnungsbau, die Unterbringung von Studenten oder auch um die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe geht.

Sehr geehrter Bezirksbürgermeister,

fordern Sie den Rat der Stadt auf sich für eine Beendigung des unwürdigen Gerangels um die Kolbhalle einzusetzen!

Werben Sie dafür, dass Künstler, Politik und Verwaltung nicht mehr über- sondern miteinander reden und nach Lösungen für eine Zukunft der Künstlerkolonie in den Kolbahallen suchen!

Keinesfalls darf eine Entwicklung des Geländes als Geschäft der laufenden Verwaltung nach § 34 Baugesetzbuch betrachtet werden. Der Rat kann jedes Geschäft der laufenden Verwaltung an sich ziehen und er sollte das in diesem Fall auch tun. Wir, die Ehrenfelder Bezirkspolitiker und Bezirkspolitikerinnen werden dabei unsere „Vor-Ort-Kompetenz“ gerne einbringen.

Als ersten wichtigen Schritt betrachten wir den in der Vorlage für den Rat dargelegten Alternativbeschluss, der den einstimmigen Beschluss der BV-Ehrenfeld vom 30.9.2013 wiedergibt. Der Rat möge sich für Verhandlungen zwischen dem Verein „Wir selbst“ und NRW.Urban einsetzen und diese unterstützen mit dem Ziel, die Kolbahalle als soziokulturelles Zentrum zu erhalten.

Sollte ein neuer - rechtgültiger - Räumungstitel vorliegen, muss die Räumung zwingend ausgesetzt werden, bis die Ergebnisse der noch zu führenden Gespräche vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt dem Dringlichkeitsantrag einstimmig bei Enthaltung von Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) zu.

9 Entscheidungen

10 Anhörungen und Stellungnahmen

10.1 Fünfjahresprogramm der Erschließungs- und Wohnungsbaumaßnahmen 2448/2013

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob es zutrifft, dass es sich hierbei um Erschließungsmaßnahmen im Rahmen von Bebauungsplänen handelt. Zudem fragt er nach, ob Finanzmittel bei Bedarf auch für Maßnahmen im Stadtbezirk Ehrenfeld zur Verfügung gestellt werden können.

Frau Schütz (66 – Amt für Straßen- und Verkehrstechnik) teilt mit, dass es sich um Ersterschließungsmaßnahmen im Rahmen von Bebauungsplänen handelt. Von der Bezirksvertretung Ehrenfeld beschlossene Verkehrsmaßnahmen werden unabhängig von diesem Programm in die Arbeitsliste des Amtes für Straßen- und Verkehrstechnik aufgenommen. Sollten Erschließungsmaßnahmen für den Stadtbezirk Ehrenfeld notwendig werden, können Finanzmittel aus dem Deckungsring zur Verfügung gestellt werden.

In Anlage 1 zur Beschlussvorlage müssen für die Jahre 2015 – 2017 4.070.000 € eingetragen werden. Hier liegt leider ein Fehler vor.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) regt an, die Anlage 1 entsprechend abzuändern.

Frau Schütz (66 – Amt für Straßen- und Verkehrstechnik) führt aus, dass die Anlage 1 geändert wird.

Bezirksvertreter Dr. Barthel (CDU-Fraktion) kritisiert den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Seiner Meinung nach könne es nicht sein, dass für den Stadtbezirk Ehrenfeld in den Jahren 2013 und 2014 keine Mittel veranschlagt werden.

Frau Schütz (66 – Amt für Straßen- und Verkehrstechnik) merkt an, dass durch per Änderungsantrag Mittel für die Jahre 2013 und 2014 veranschlagt werden können. Allerdings müssten diese im Falle einer Nichtinanspruchnahme übertragen werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Verkehrsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Verkehrsausschuss stimmt vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung der Verwendung der Mittel in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 für die Teilmaßnahmen innerhalb der Bezirke gemäß dem beigefügten Fünfjahresprogramm im Teilfinanzplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - zu.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und von Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) bei Enthaltung von Bezirksbürgermeister Wirges zu.

**10.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion, betr.: 5-Jahresprogramm der Erschließungs- und Wohnungsbaumaßnahmen
AN/1124/2013**

Beschluss:

Die in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 verfügbaren Mittel lt. Tabelle werden für die einzelnen Stadtbezirke in der Weise geändert, dass für den Stadtbezirk Ehrenfeld für 2013: 642.500 Euro und für 2014: 585.100 Euro angesetzt werden und die Mittel für die übrigen Stadtbezirke um

jeweils 10 % gekürzt werden. Die veranschlagten Mittel bleiben somit insgesamt unverändert.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab.

10.2 Vereinfachung des Stadtrechts 1255/2012

Frau Klock und Herr Frenzke (32 - Amt für öffentliche Ordnung) erläutern ausführlich die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) fragt zu § 24 Absatz 2 nach, warum die sogenannten „Slack Lines“ zukünftig unterbunden werden sollen.

Frau Klock (32 – Amt für öffentliche Ordnung) teilt mit, dass sich das sogenannte „Slack-Linen“ schädlich auf die Bäume auswirkt. Es entstehen massive Druck- und Reibungskräfte von bis zu einer Tonne. Für einen Laien ist es auch mit Hilfe von Baumschutzvorrichtungen nicht möglich, den Baum vor Beschädigungen ausreichend zu schützen. Die Verwaltung fördert aufgrund dessen die Einrichtung von „Slack-Line-Parks“. Hierzu werden Metallstangen in Grünflächen aufgestellt.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) fragt nach, wie die Verwaltung zukünftig die Kontrolle der Vorschriften vorsehe. Sie bezweifelt, dass die Verwaltung über ausreichend Personal verfüge.

Herr Frenzke (32 – Amt für öffentliche Ordnung) führt aus, dass die Verwaltung seit 2011 bei den Bürgerinnen und Bürgern massiv auf die Einhaltung der bestehenden Verordnungen und Gesetze hingewiesen habe. Die Verwaltung erhoffe sich durch die Zusammenführung des Stadtrechtes eine größere Transparenz. Der Ordnungsdienst werde die bestehenden Gesetze und Verordnungen weiterhin überprüfen und ggf. sanktionieren. Dies werde über eine massive Öffentlichkeitskampagne den Bürgerinnen und Bürgern mitgeteilt.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) sieht dies gerade vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren zunehmenden Verschmutzung von Grünflächen als kritisch an. Hier müsse die Verwaltung intensiv überlegen, wie Personal optimal eingesetzt werden kann. Sie kündigt an, sich bei der Abstimmung zu enthalten, da sie sich noch mit der FDP-Ratsfraktion beraten möchte.

Frau Klock (32 – Amt für öffentliche Ordnung) führt aus, dass die Regeln bereits auch im alten Stadtrecht verankert waren. Durch Schwerpunktkaktionen soll eine erzieherische und abschreckende Wirkung erreicht werden.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) begrüßt die Vereinheitlichung der Vorschriften. Sie fragt nach, ob es für den Bereich der U-Bahn Zwischenebenen, die bisher als öffentliches Straßenland behandelt wurden, eine Änderung gegeben habe.

Frau Klock (32 – Amt für öffentliche Ordnung) teilt mit, dass es zu den U-Bahn Zwischenebenen noch juristische Prüfungen gebe.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt die Aufhebung der
 - Kölner Straßenordnung
 - Grünflächenordnung
 - Spielplatzsatzung
 - Taubenfütterungsverordnung
 - Verordnung über das Verbot der Fütterung von Wasservögeln und Fischen an öffentlichen Wasserflächen.
2. Der Rat beschließt die neue „Kölner Stadtordnung“. Die Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt der Stadt Köln in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig bei Enthaltung von Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) zu.

10.3 "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" - Fortführung des sozialräumlichen Handlungsprogramms in veränderter Form 2377/2013

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) würdigt die Arbeit der Sozialraumkoordinatoren und spricht sich für die Beschlussvorlage aus. Er fragt nach, wie die Sozialraumkoordinatoren gedenken zukünftig die Finanzierung sicherzustellen.

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sieht die Beschlussvorlage kritisch. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld habe sich in den letzten Haushaltsplanberatungen gegen Kürzungen im Bereich der Sozialräume ausgesprochen. Aktuell erschließe sich ihm nicht, wie die Sachausstattung zukünftig sichergestellt werden soll. Ihm liege allerdings ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Ratsebene vor, der eine zusätzliche Sachmittelausstattung in Höhe von 85.000 € vorsehe. Er fragt nach, ob diese zusätzliche Mittelausstattung ausreichend wäre um die Arbeit sicherzustellen. Zudem fragt er nach, wie von den Sozialraumkoordinatoren die geplante Angliederung an die Bürgerämter eingeschätzt werde.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) teilt die Sorge um die mangelnde Sachmittelausstattung. Sie bittet die Sozialraumkoordinatoren die Folgen für die tägliche Arbeit darzustellen.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) fragt nach ebenfalls nach den zu erwartenden Folgen bei einer Kürzung der Sachmittelausstattung.

Frau Reisinger (Sozialraumkoordinatorin Bocklemünd/Mengenich) weist auf die neue Anlage 2 zur Beschlussvorlage hin, in welcher die Verwaltung die zukünftige Finanzausstattung ausführlich darstelle. Pro Koordinierungsstelle werden jährlich ca. 7.800 € zur Verfügung stehen. Damit ist die Arbeit sichergestellt. Im Bereich der Projektarbeit müsse aber mehr Zeit für Mittelakquirierung aufgewendet werden, da hier 31.000 € gestrichen wurden. Die Anbindung an die Bürgerämter werde positiv gesehen. Die Trägerschaft bleibe wie bisher bei den freien Trägern.

Herr Wydra (Sozialraumkoordinator Bickendorf/Westend) zeigt die Folgen der Mittelstreichung für die Projektarbeit auf. Es werde verstärkt zu Anträgen auf bezirksorientierte Mittel kommen.

Aufgrund der Ausführungen der Sozialraumkoordinatoren und der Dringlichkeitsbegründung spricht sich Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) für eine Verabschiedung der Beschlussvorlage auf Grundlage der in Anlage 2 genannten Finanzmittel aus.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die Fortführung des erfolgreichen Programms „Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ in veränderter Form mit folgenden organisatorischen und konzeptionellen Eckpunkten:

1. Die sozialräumlichen Koordinierungsstellen werden organisatorisch bei den Bürgerämtern angebunden. Ein Bürgeramt übernimmt Aufgaben des Controllings. Die Stelle für die bisherige Geschäftsstelle des Programms wird für die Unterstützung der mit der Gesamtkoordination/ Controlling zu beauftragenden Bürgeramtsleitung zur Verfü-

gung gestellt. Die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 67.400 € werden entsprechend des Kostenplans im Teilplan 0606, Hilfe für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen eingestellt.

2. Mit der Umsetzung des Programms und der Fortführung der Koordinierungsstellen in den 11 Sozialraumgebieten werden weiterhin die ausgewählten freien Träger der Wohlfahrtspflege (zehn Personalstellen) und das Amt für Soziales und Senioren - Bürgerzentrum Chorweiler in städtischer Trägerschaft (eine Personalstelle) beauftragt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 660.800 € werden entsprechend des Kostenplans in den Teilplänen 0606, Hilfe für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen und 0507, Betrieb, Unterhalt und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen eingestellt.

3. Die sozialräumlichen Aktivitäten sollen zukünftig wie bisher einem integrierten Handlungsansatz folgen, dabei aber noch einmal stärker insbesondere auf Aspekte wie lokale Ökonomie, Wohnen, Stadtplanung und Stadtentwicklung abstellen. Insgesamt sollen unterschiedliche sozialräumliche Ansätze in den Sozialraumgebieten noch besser aufeinander abgestimmt werden.
4. Zwischen dem jeweiligen Bürgeramt und dem Träger der Koordinierungsstelle werden jährliche Zielvereinbarungen zur Umsetzung konkreter Aktivitäten in den Sozialraumgebieten getroffen. Die Zielvereinbarungen sollen auch die Verankerung eines wiederkehrenden Tagungsordnungspunktes „Bericht aus dem Sozialraumgebiet“ in den Sitzungen der Bezirksvertretungen beinhalten.
5. Mindestens im zweijährigen Rhythmus sollen in den Sozialraumgebieten Sozialraumkonferenzen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen vor Ort zur Erfassung von Bedarfslagen und der Abstimmung von Maßnahmen durchgeführt werden.
6. Sozialräumlichen Maßnahmemittel zur Unterstützung von bürgerorientierten Projekten stehen *nicht* mehr zur Verfügung. Soweit allerdings durch die Tätigkeit der Sozialraumkoordination nachweislich Einsparungen kommunaler Mittel, die für den Sozialraum vorgesehen waren, erfolgt sind, werden aus diesen Einsparungen sozialräumliche Mittel bis zu einer Höhe von 30.000 € pro Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt.
7. Die Zentrale Lenkungsgruppe „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ wird *nicht* weitergeführt.
8. Nach drei Jahren erfolgt eine erneute Evaluation der Wirksamkeit des Programms „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“.
9. **Die Anlage 2 der Beschlussvorlage wird in den Beschluss mit aufgenommen.**

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

10.4 Einrichtung des Schulneubaus für die Grundschule Overbeckstraße 71 - 73, 50823 Köln am neuen Standort Ottostraße, 50823 Köln 3195/2013

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung folgenden Beschluss zu fassen:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt – vorbehaltlich der Zustimmung

durch die Bezirksvertretung 4 Ehrenfeld* - die Einrichtung und Ausstattung des Schulneubaus sowie der 1-fach Turnhalle für die Grundschule Overbeckstraße am neuen Schulstandort Ottostraße in 50823 Köln-Ehrenfeld. Die Gesamteinrichtungskosten belaufen sich auf 300.000 Euro.

*: Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung verzichtet auf eine erneute Vorlage, wenn die Bezirksvertretung der Vorlage ungeändert zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

10.5 235. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 3586/2013

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt zu Anlage 7, Sanierung der Nagelschmiedgasse nach, ob sich der Wegfall der Kosten für die Frostschutzschicht auch mindernd auf die KAG-Beiträge für die Anlieger auswirkt.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.
(Anmerkung der Verwaltung: Antwort ist erfolgt.)

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt den Erlass der 235. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

**10.6 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Häuschensweg in Köln-Bickendorf
3625/2013**

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) weist auf das gegenüber der Nagelschmiedgasse gelegene ehemalige Landarbeiterhaus hin. In diesem hat bis zu ihrer Deportation eine jüdische Familie gelebt. Sie regt an, dieses für einen dem Gemeinwohl orientierten Zweck zu erhalten.

Sie bittet um Erläuterungen zur geplanten Bürgerinformation.

Frau Rheinschmidt (61 – Stadtplanungsamt) sagt zu, die Anregung zum Landarbeiterhaus in den weiteren Planungen zu berücksichtigen.

Die Bürgerinformation werde im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens gemäß Baugesetzbuch durchgeführt. Es ist vorgesehen, dass die Planunterlagen zwei Wochen im Stadt-

planungsamt und auf Wunsch auch im Bezirksrathaus ausgehangen werden. Es wird eine öffentliche Bekanntmachung in der Presse erfolgen.

Bezirksvertreterin Wilke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob die Altlastenuntersuchung im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens nach § 13 a Baugesetzbuch eingehend untersucht werde. Des Weiteren fragt sie nach, was unter dem Begriff „Umweltbelang Lärm“ zu verstehen ist und wie das Verhältnis zwischen gefördertem und frei finanziertem Wohnraum sei.

Frau Rheinschmidt (61 – Stadtplanungsamt) führt aus, dass die Umweltbelange auch im Verfahren nach 13 a Baugesetzbuch eingehend untersucht werden. Zum Belang Lärm werden die Emissionen aus dem Bereich der umliegenden Straßen und Gewerbebetriebe untersucht. Es werde mindestens 30 Prozent geförderter Wohnraum entstehen.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) spricht sich für die Entwicklung des Gebietes aus. Kritisch sehe sie allerdings die geplante Geschosszahl von vier Etagen. Sie bittet um Überprüfung, ob eine Begrenzung auf drei Geschosse möglich sei.

Bezirksvertreter Dr. Barthel (CDU-Fraktion) fragt nach, was unter Eingriffen im Rahmen des Bebauungsplanes zu verstehen sei und warum keine Ausgleichspflicht für erfolgte Eingriffe bestehe. Im sei nicht klar, welche Rechtsgrundlage hierfür vorliege. Zudem bestehe die Gefahr, dass sich die Bebauung durch die GAG nicht in die Umgebung einpasse.

Frau Rheinschmidt (61 – Stadtplanungsamt) teilt mit, dass die GAG für diesen Bereich eine Mehrfachbeauftragung von Architekturbüros vorgesehen habe. Eine Ausgleichspflicht bestehe aufgrund des gültigen Bebauungsplanes nicht.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet zwischen Häuschensweg und Subbeller Straße/Grüner Brunnenweg, östlich angrenzend an die Rosenhofsiedlung in Köln-Bickendorf —Arbeitstitel: Häuschensweg in Köln-Bickendorf — einzuleiten mit dem Ziel, Wohnen festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

10.7 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Kernbereich Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Agnesviertel, Neustadt-Süd, Rodenkirchen, Sürth, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Ehrenfeld, Neu-Ehrenfeld, Nippes, Longerich, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Mülheim, Holweide, Höhenhaus. 3659/2013

Bezirksvertreterin Wilke (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, welchen Bereich das Sternsingerfest in Ossendorf am 05.01.2014 genau betrifft. Das aufgeführte Lichterfest werde unter den Daten nicht erwähnt. Sie bittet um Mitteilung des genauen Datums.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2014 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

**10.8 Beleuchtung des öffentlichen Fußweges der Grünanlage zwischen Goldammerweg und Silbermöwenweg in Köln-Vogelsang
3710/2013**

Bezirksvertreter Parmaksiz (SPD-Fraktion) spricht sich für die Beschlussvorlage der Verwaltung aus.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Grün, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Grün der Beleuchtung des öffentlichen Fußweges durch die Grünanlage zwischen Goldammerweg und Silbermöwenweg in Köln-Vogelsang zuzustimmen. Eine Ausnahme zum Grundsatzbeschluss ist notwendig, um einen gesicherten Zugang zum öffentlichen Nahverkehr der Haltestellen Westfriedhof und Bocklemünd zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung einstimmig zu.

**10.9 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung eines kooperativen Gutachterverfahrens (Mehrfachbeauftragung) zur Erstellung eines Planungs- und Entwicklungskonzeptes für den ehemaligen Güterbahnhof Ehrenfeld als Grundlage für die Bauleitplanung
Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Ehrenfeld
3705/2013**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) einen Bebauungsplan für das Gebiet des ehemaligen Güterbahnhofs zwischen Vogelsanger Straße, der Rheinischen Fachhochschule, Maarweg und der Bahntrasse (Flurstücke 59/9, 400, 401, 402, 403, 472, 474, 561, 631, 632, Flur 74, Gemarkung Müngersdorf) –Arbeitstitel: Ehemaliger

- Güterbahnhof in Köln-Ehrenfeld– aufzustellen mit dem Ziel, ein gemischtes Quartier mit Wohnen und Gewerbe festzusetzen;
2. beschließt die Durchführung eines kooperativen Gutachterverfahrens mit vier Planungsteams zur Erstellung eines städtebaulichen und freiraumplanerischen Planungskonzeptes als Grundlage für die weitere Entwicklung und die Bauleitplanung des ehemaligen Güterbahnhofs Ehrenfeld. Die Kosten für die Durchführung dieses Verfahrens trägt die Grundstückseigentümerin;
 3. beschließt die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB im Rahmen des kooperativen Gutachterverfahrens (Modell 3);
 4. benennt vier Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen des Stadtentwicklungsausschusses für die Jury;
 5. beschließt, dass das Ergebnis des Gutachterverfahrens dem Stadtentwicklungsausschuss und der Bezirksvertretung Ehrenfeld zur Beschlussfassung als Grundlage für die weitere Bauleitplanung vorgelegt wird.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Wirtschaftsausschuss, die Bezirksvertretung Ehrenfeld und der Rahmenplanungsbeirat Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmen.

Ja / Nein

Alternative: keine, da andernfalls die Fläche als nicht bebaubare Brachfläche bestehen bleibt.

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stellt die Beschlussvorlage einstimmig bis zur nächsten Sitzung zurück.

- 10.9.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion, betr.: Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung eines kooperativen Gutachterverfahrens (Mehrfachbeauftragung) zur Erstellung eines Planungs- und Entwicklungskonzeptes für den ehemaligen Güterbahnhof Ehrenfeld als Grundlage für die Bauleitplanung**
Arbeitstitel: Ehemaliger Güterbahnhof in Köln-Ehrenfeld
AN/1529/2013

Abstimmungsergebnis:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stellt den Änderungsantrag einstimmig bis zur nächsten Sitzung zurück.

11 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

12 Mitteilungen der Verwaltung

- 12.1 Gehwegparken**
hier: Nachfragen von Bezirksvertreter Klemm in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 30.09.2013, TOP 7.1.1
3800/2013

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 12.2 Anregung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 30.09.2013 betreffend die Kolb-Halle an der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld – zukünftige planerische Entwicklung des Grundstückes;
hier: Gewährung einer angemessenen Frist für Kaufverhandlungen zwischen "Wir selbst e. V. und NRW.Urban"
4059/2013**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 12.3 Geschwindigkeit Universitätsstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal vom 30.09.2013, TOP 8.2.4, Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 25.11.2013, TOP 8.1.1
sowie mündliche Anfrage des RM Tull aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 05.11.2013, TOP 8.4
3796/2013**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert den von der Verwaltung avisierten Zeithorizont. Die Bezirksvertretung habe eine kurzfristige Lösung angestrebt. Er fragt nach den Gründen für die Verzögerung und ob es tatsächlich ein hohen Aufwand bedeute, die Lichtsignalanlagen an dieser Stelle umzuprogrammieren.

Frau Schütz (66 – Amt für Straßen- und Verkehrstechnik) führt aus, dass es aufgrund der langen Gesamtstrecke der Inneren Kanalstraße in der Tat schwierig sei, die Lichtsignalanlagen entsprechend neu zu programmieren. Die Verkehrsbeziehungen seien ganzheitlich zu berücksichtigen.

- 12.4 Barrierefreier Gehweg in der Marienstraße
hier: Beschluss aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 25.11.2013, TOP 8.6
4098/2013**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

- 12.5 Verbesserung der Situation für Fahrradfahrer
hier: Mündliche Anfragen aus der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 30.09.2013, TOP 13
4224/2013**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Bezirksvertreter Pöttgen (SPD-Fraktion) kritisiert die Stellungnahme der Verwaltung. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die Ladezone eine Einbindung der Anlieger erfolgt sei. Er fragt nach den Gründen für die Einrichtung.

Frau Schütz (66 – Amt für Straßen- und Verkehrstechnik) teilt mit, dass die Einrichtung aufgrund von Hinweisen des Verkehrs- und Ordnungsdienstes erfolgt ist. Aufgrund des Lieferverkehrs ist es zu teils chaotischen Verkehrssituationen vor Ort gekommen.

Bezirksvertreterin Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert die Stellungnahme zu Ziffer 3. Die Bezirksvertretung habe beschlossen, dass die Roteinfärbung des Radschutzstreifens auf der Venloer Straße zeitnah zu erfolgen habe, nicht erst im Anschluss an eine Evaluierung.

13 mündliche Anfragen

Bezirksvertreter Baumann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass in letzter Zeit viele Proberäume im Stadtbezirk Ehrenfeld geschlossen wurden. Er fragt nach, ob die Verwaltung Musiker bei der Suche nach geeigneten Proberäumen unterstütze.

Die Verwaltung wird dies schriftlich beantworten

Bezirksvertreterin Haub (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach den Gründen für den Baustillstand der Kindertagesstätte Apenrader Straße.

Frau Scheunemann (02-4 – Bürgeramt Ehrenfeld) teilt mit, dass es einen Architektenwechsel gegen hat. Zurzeit liegt ein Bauantrag für eine zusätzliche dritte Etage beim Bauaufsichtsamt zur Prüfung. Nach positivem Abschluss der Prüfung kann der Bau weitergeführt werden.

Bezirksvertreter Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob es zur nächsten Sitzung seitens der Verwaltung eine Stellungnahme zu den Anträgen der Bezirksvertretung zum Thema Zuständigkeitsordnung geben werde. Sollte dies nicht der Fall sein, werde er nach § 36 Absatz 7 der Gemeindeordnung der Oberbürgermeister zur drauffolgenden Sitzung laden.

Frau Scheunemann (02-4 – Bürgeramt Ehrenfeld) wird beim Amt des Oberbürgermeisters nachfragen.

Wirges
Bezirksbürgermeister

Schmitz
Schriftführer